



Raphael Tigges



MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN

Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag von Mittwoch bis Freitag zur 86., 87. und 88. Plenarsitzung zusammen.

Am Mittwoch begann die Plenarwoche mit einer aktuellen Stunde zum Anschlag in Aschaffenburg. Es ist deutlich geworden, dass wir in NRW mit dem Sicherheitspaket gezeigt haben, dass die demokratische Mitte hier reagieren kann und muss. Weiter ging es im Plenum um die Anpassung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und die Stärkung von gemeinwohlorientiertem Wohnen. Zwischen der Zeit im Plenum habe ich mich u.a. mit Vertretern der Junior Unis ausgetauscht.

Parallel ist im Bundestag die letzte Sitzungswoche vor den Neuwahlen angebrochen. Für mich ist klar: Die CDU wird nicht mit der AfD kooperieren. Die Probleme der Bürger müssen aus der demokratischen Mitte gelöst werden, hier müssen weiter Gespräche stattfinden.

Der Donnerstag haben wir dann über Gewalt an Schulen und die Drohneninfrastruktur in Deutschland und am Freitag über Medien und Demokratie gesprochen.

Eine Übersicht aller Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de/home/aktuelles

Herzliche Grüße und nicht den Mut verlieren!
Ihr Raphael Tigges

Gewalt an Schulen im Fokus

Der Landtag hat sich am heutigen Donnerstag in einer Aktuellen Stunde mit Gewalt an Schulen auseinandergesetzt – und über Möglichkeiten, diese einzudämmen.

Für uns regierungstragende Fraktion ist klar: Gewalt hat in unseren Klassenzimmern keinen Platz und jede Art von Gewalt muss Konsequenzen haben.

So bauen wir kontinuierlich die Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen aus. Wir verdoppeln die Stellen für Fachkräfte für Systemische Extremismusprävention und auch Zusammenarbeit von Schulen und Polizei gibt es schon. Wer weiß, wie man in bestimmten Situationen reagieren muss, kann weitere Eskalationen verhindern und sich und andere schützen.

Aktuelle Stunde zur Lage nach Aschaffenburg

Die abscheuliche Mordtat von Aschaffenburg, bei der ein kleines Kinde und ein erwachsener Mann Opfer eines brutalen Messerangriffs wurden, hat Trauer und Bestürzung in ganz Deutschland ausgelöst. Der mutmaßliche Täter war nach Aussagen der bayerischen Behörden ausreisepflichtig und teilte diesen auch mit, die Ausreise antreten zu wollen. Das hat er nicht getan.

In der aktuellen Stunde am Mittwoch haben wir über die Tat gesprochen. Nach dem Anschlag von Solingen haben wir in Nordrhein-Westfalen unseren Worten Taten folgen lassen. Getragen durch die schwarz-grüne Mehrheit in NRW wurde das größte Sicherheitspaket in der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Damit haben wir auch gezeigt, dass die Weichenstellungen aus der politischen Mitte heraus möglich sind.

Windenergie im Übergangszeitraum: Änderung des Landesplanungsgesetzes

In Nordrhein-Westfalen bauen wir die Windenergie kraftvoll aus: Im Jahr 2024 haben wir mehr Windenergieanlagen (WEA) errichtet als jedes andere Bundesland (154 Anlagen). Zudem wurden im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen Genehmigungen für 676 neue WEA erteilt. Unser Ziel, 1.000 neue Anlagen bis 2027 zu errichten, werden wir übererfüllen.

Am Donnerstag hat die Zukunftscoalition eine Änderung des Landesplanungsgesetzes verabschiedet, präzise Paragraph 36a LPlIG erneuert. Zur Plansicherung soll in den nächsten sechs Monaten pauschal die Genehmigung von WEA außerhalb der in Aufstellung befindlichen Windenergiegebiete untersagt werden. Kommunen können weiterhin für vor Ort gewollte und allgemein akzeptierte WEA das nötige Planungsrecht schaffen.





Raphael Tigges



MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN

Austausch mit den Junior Unis im Landtag



Tüfteln, Experimentieren, Entdecken – mit diesem Ansatz wecken Junior Unis die Begeisterung junger Menschen für Wissenschaft, Technik und Kreativität. In dieser Plenarwoche waren Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerks der Junior Unis Wuppertal, Essen und Mönchengladbach zum Austausch im Landtag.

Mir als wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion sind Junior Unis ein besonderes Anliegen, da sie Wissenschaft erlebbar machen und damit einen Beitrag für unsere Wissensgesellschaft leisten. Mit ihren Angeboten bauen sie Barrieren ab und machen unsere Gesellschaft zukunftsfähig. Nicht zuletzt stärkt es unsere Demokratie, wenn junge Menschen zum selbständigen Lernen und Denken animiert werden.

Anpassung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes (TIntG)

Am Mittwoch haben wir im Plenum eine Gesetzesänderung im Gesetz zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Zwei Wochen zuvor gab es bereits eine Anhörung zu diesem Thema von Integrations- und Finanzausschuss.

Im Rahmen der Neuausrichtung wurden die Fördermittel in Höhe von mind. 130 Millionen Euro angepasst, die zur Förderung der landesweiten integrationspolitischen Infrastruktur vorgesehen sind. Gleichzeitig wird die Verfügbarkeit von Selbstbewirtschaftungsmitteln auf vier Jahre begrenzt, um ungenutzte Mittel in den Haushalt zurückzuführen und die Nachhaltigkeitsberichterstattung für kleine und mittlere Unternehmen vereinfacht.

Der Entwurf verfolgt das Ziel, Effizienz und Integrationsförderung zu stärken, EU-Vorgaben umzusetzen und dabei kostenneutral zu bleiben.

Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter einer Drohneninfrastruktur machen

Seit Jahren werden Drohnen beispielsweise im Bereich der Logistik vermehrt getestet und eingesetzt, noch überwiegt jedoch die private Nutzung dieser Technik.

Voraussetzung für den kommerziellen Einsatz von Drohnen ist die Ausweisung von U-Spaces, d.h. abgegrenzten Bereichen im unteren Luftraum, in denen Flüge von Drohnen mit den übrigen Luftverkehrsteilnehmern koordiniert werden. Langfristig braucht es faire Wettbewerbsbedingungen, um eine flächendeckende U-Space-Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen. Dazu gehören unkomplizierte Genehmigungsprozesse sowie eine angemessene Gebührenordnung für USSP.

Nordrhein-Westfalen ist einer der führenden Standorte für Drohnenunternehmen in Deutschland. Die Landesregierung soll sich deshalb nun dafür einsetzen, dass weitere Reallabore und Experimentalspaces in NRW angesiedelt werden.

Sozialorientiertes Wohnen gestärkt

Bezahlbares Wohnen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, vor allem in den Schwarmstädten und Ballungsgebieten brauchen wir mehr Wohnraum. Um den Wohnungsbau zu unterstützen ist, und bleibt die öffentliche Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Instrument.

So ist die Nutzung und Modernisierung von Bestandsimmobilien von wesentlicher Bedeutung bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle. Die Zukunftscoalition stellt für diese Maßnahmen Mittel bereit, die u.a. den Zielen der Klimaneutralität und Barrierefreiheit dienen.

